



Bern, 18. Juli 2011

Nein zur Volksinitiative „Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache“

Der Schweizerische Hebammenverband (SHV) lehnt die Volksinitiative zur Abschaffung der Zahlungspflicht der Krankenkassen bei Schwangerschaftsabbrüchen ab.

Der Entscheid für oder gegen einen Schwangerschaftsabbruch ist Privatsache der Frau oder des Paares. Aufgabe des Gesundheitswesens ist es, sicherzustellen, dass dieser freie Entscheid unabhängig von Finanzierungsfragen möglich ist und dass die durchgeführten Schwangerschaftsabbrüche von hoher medizinischer Qualität sind und unter entsprechender Begleitung der Frau bzw. des Paares stattfinden. Der Schweizerische Hebammenverband lehnt darum die Volksinitiative „Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache“ aus folgenden Gründen ab.

- **Keine Gefährdung sozial schwacher Frauen:** Wird der Schwangerschaftsabbruch nicht mehr durch die obligatorische Krankenversicherung bezahlt, so ist dies besonders für sozial und finanziell schwache Frauen ein Problem, weil sie sich den Eingriff nicht leisten können.
- **Dieser Entscheid ist Privatsache:** Entgegen der Argumentation der Initianten ist der SHV der Meinung, dass nicht die Finanzierung sondern die Entscheidung für oder gegen eine Schwangerschaft Privatsache ist. Niemand anders kann diesen Entscheid fällen als die betroffene Frau bzw. das betroffene Paar.
- **Für die Garantie einer seriösen medizinischen Behandlung und Beratung:** Wer die Finanzierung des Schwangerschaftsabbruches aus dem Katalog der Pflichtleistungen der obligatorischen Krankenversicherung streicht, nimmt in Kauf, dass Frauen unseriöse Billigangebote wahrnehmen und ihre Gesundheit gefährden.
- **Es geht nicht um die Kosten:** Schwangerschaftsabbrüche machen nur ungefähr 0,02 Prozent der Gesundheitskosten aus. Die Argumentation der Initianten mit der Senkung der Gesundheitskosten ist deshalb unlauter und verdeckt deren wahre Absichten, die Bevormundung der Frau und des Paares bei ihrer Entscheidung.
- **Krankenversicherung für alle:** Die obligatorische Krankenkasse ist ein solidarisches System, bei dem alle mittragen – auch wenn wir die meisten Eingriffe und Therapien, für die wir bezahlen, nie selber beanspruchen werden.

Für die freie Entscheidung und eine hohe medizinische Qualität ist die Krankenkassenfinanzierung der Schwangerschaftsabbrüche unerlässlich.

Für Rückfragen:

Liliane Maury Pasquier, Ständerätin und Präsidentin SHV, 079 478 83 16,
l.maurypasquier@sage-femme.ch

Doris Güttinger, Geschäftsführerin SHV, 079 377 91 88,
d.guettinger@hebamme.ch